WiSt
Heft 10 53. Jahrgang Oktober 2024
Wirtschafts-*wissen*-schaftliches Studium
Gründungsherausgeber:
Prof. Dr. Dr. h.c. Erwin Dichtl †
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing
Herausgeber:
Prof. Dr. Norbert Berthold
Prof. Dr. Michael Lingenfelder

Im Visier

Kontrollillusion in der Politik

Wir leben nicht in einem klassischen Paradies, denn vieles, was uns wichtig ist und was wir schätzen, ist knapp. Freie Märkte und Wettbewerb tragen dazu bei, besser mit Knappheit umzugehen und durch Innovation verringert sich die Knappheit. Doch es ist auch bekannt, dass Märkte nicht immer die Wohlfahrt maximieren. Daher sollte die freie Marktwirtschaft in einen gewissen Regelrahmen eingebunden werden. Staatliche Eingriffe, wie Verbote, Gebote und Regulierungen, erfüllen im Idealfall diesen Zweck.

Staatliche Eingriffe lösen jedoch nicht alle Probleme. Häufig schaffen sie sogar große, neue Probleme. Dies liegt unter anderem daran, dass „der Staat" kein ideales, modellhaftes Konstrukt ist, sondern dass politische Entscheidungsträger im Staat selbst nur Menschen sind. Realistischerweise achten politische Entscheidungsträger nicht nur auf das Wohl der Bürger, sondern auch auf ihre eigenen Interessengruppen, ihre Karriere und natürlich auf ihr Portemonnaie. Sie sind im Staat mitunter deshalb politisch aktiv, weil sie glauben, etwas im Sinne ihrer eigenen Interessen – die teilweise mit den Bürgerinteressen übereinstimmen – verändern zu können. Dabei sind sie oft überzeugt, über besondere Fähigkeiten zu verfügen. Wie andere Menschen unterliegen sie jedoch mitunter einer Kontrollillusion, die durch das Erlangen von Entscheidungskompetenzen verstärkt wird.

Kontrollillusion bedeutet, zu glauben, man könne Prozesse und deren gesellschaftliche Ergebnisse kontrollieren, die in Wirklichkeit nicht oder nur marginal beeinflussbar sind. Entsprechend setzen politische Entscheidungsträger immer wieder Ziele, die oft unrealistisch sind und deren Umsetzungskosten höher ausfallen als der zu erwartende Wohlfahrtsgewinn für die Bürger. Noch dazu stehen die aufgrund von Kontrollillusion gesetzten Ziele häufig im Widerspruch zu anderen, bereits bestehenden gesellschaftlichen Zielen wie dem Erhalt der Freiheit, der Förderung des Wohlstands und dem sozialen Ausgleich.

Beispiele für Kontrollillusionen in der Politik gibt es zuhauf; man denke nur an die nationale Politik gegen die globale Erwärmung, die „NoCovid"-Virus-Unterdrückungspolitik während der Pandemie oder die „Refugees-Welcome"-Politik. Gelingt den politischen Entscheidungsträgern die Umsetzung des von ihnen gesetzten illusorischen Ziels nicht, nehmen sie eine defensive Haltung ein. Über das illusorische Ziel wird dann nicht mehr gesprochen und es erfolgt keine Aufarbeitung der Kosten, die dessen Verfolgung verursacht hat. Kritik ist unerwünscht und wird mit dem Hinweis, man müsse nach vorne blicken oder das Ziel wäre symbolischer Natur gewesen, abgebügelt.

Kontrollillusion impliziert auch, dass politische Entscheidungsträger die Realitäten verkennen und Trugschlüssen unterliegen. Im theoretischen Idealfall eines perfekten Staates erhöht staatliches Handeln die Wohlfahrt der Bürger. Mit Bezug auf freie Märkte steigern ideale staatliche Eingriffe die Wohlfahrt, indem sie Marktversagen verringern. Doch wer daraus ableitet, dass die Ergebnisse real existierender, unvollkommener Märkte durch Staatseingriffe verbessert werden, unterliegt einem Nirwana-Trugschluss und Kontrollillusion. Verglichen wurden nämlich reale Unvollkommenheiten mit den theoretischen Ergebnissen eines idealisierten Staates. Ein solcher Vergleich berücksichtigt weder die Beschränkungen, denen ein realer Staat unterliegt, noch die vielen menschlichen Beschränkungen und Unzulänglichkeiten, denen reale politische Entscheidungsträger unterliegen.

Wie lässt sich das Problem der Kontrollillusion entschärfen und wie kann ein Nirwana-Trugschluss tendenziell vermieden werden? Eine Schlüsselrolle spielt der politische Wettbewerb. Je intensiver er zwischen Politikern und Parteien ist, desto schneller wird Kontrollillusion entlarvt, öffentlich kritisiert und es werden Alternativen zur verfolgten Nirwana-Politik aufgezeigt. Wenn es nicht die bestehenden Oppositionsparteien sind, die auf die Kontrollillusion der Entscheidungsträger in der Regierung hinweisen, entstehen unter demokratischen und damit wettbewerbsähnlichen Bedingungen neue Parteien, die die Nische nutzen und auf die Nirwana-Trugschlüsse aufmerksam machen. Entstehen diese Parteien an den politischen Rändern, wird dies von manchen als eher unangenehm empfunden. Solche Entwicklungen sind der Preis für die Kontrollillusion der politischen Entscheidungsträger.

Prof. Dr. *David Stadelmann*, Bayreuth

https://doi.org/10.15358/0340-1650-2024-10-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY